

Sozialdemokratischer pressediens

P/XXVI/82

30. April 1971

Die UNO und Berlin

Klarstellungen zu einem bedauerlichen Vorgang

Von Georg Kahn-Ackermann SPD-MdB
Stellv. Mitglied des Bundestagsausschusses
für Bildung und Wissenschaft

Seite 1 und 2 / 76 Zeilen

Aufforderung aus Washington: verhandeln!

Fakten von einer Informationsreise in die USA

Von Kurt Mattick MdB
Vorsitzender des Arbeitskreises Außenpolitik
der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 3 und 4 / 81 Zeilen

Merkwürdige Geschäfte mit der Bildung

Fernseh Schüler werden zur teuren Kasse gebeten

Von Dr. Volker Hauff SPD-MdB
Mitglied im Bundestagsausschuß Bildung
und Wissenschaft

Seite 5 / 32 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Hausallee 2-10
Postfach: 8153
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 995 848/980 8477
885 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Die UNO und Berlin

Klarstellungen zu einem bedauerlichen Vorgang

Von Georg Kahn-Ackermann SPD-MdB

Stellv. Mitglied des Bundestagsausschusses für
Bildung und Wissenschaft

Die Weigerung einiger Unterorganisationen in den Vereinten Nationen, künftig an den zahlreichen und sich mittlerweile eines einzigartigen internationalen Renommées erfreuenden beruflichen Erfahrungsaustausch- und Weiterbildungsseminaren der Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer mitzuwirken, kommt keineswegs wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit der UNICEF und anderen in der Entwicklungshilfe tätigen Unterorganisationen der UNO gibt es bereits seit 1968. Sie erreichten um die Jahreswende 1968/69 einen gewissen Höhepunkt als offenbar wurde, daß sowjetische Pressionen das Büro des Generalsekretärs der Vereinten Nationen veranlaßt hatten, gewisse Rahmenweisungen über die Zusammenarbeit der UNO-Unterorganisationen mit der Deutschen Stiftung zu erlassen. Einer kährenden Demarche der Deutschen Vertretung bei den Vereinten Nationen war freilich kein rechter Erfolg beschieden. Die der Stiftung wohlgesonnenen Beamten des UNO-Generalsekretariats bekannnten sich zu einer gewissen Flexibilität, die man auch deutscherseits zu honorieren bereit war, obwohl die aus diesen Weisungen resultierenden Schwierigkeiten die internationale Arbeit der Stiftung in einigen Kooperationsbereichen behinderten und zu organisatorischen Änderungen im internationalen Arbeitsprogramm der Deutschen Stiftung führten.

Die Deutsche Stiftung und die Bundesregierung vermochten schon damals die Argumentation ins Feld zu führen, die auch heute noch gelten muß, daß nämlich die Stiftung, deren Verwaltungsspitze im Jahre 1968 von Bonn nach Berlin verlegt worden war, keine Einrichtung des Landes Berlin ist. Wesentliche Einrichtungen der Stiftung, wie beispielsweise ihre Zentralstelle für gewerbliche Berufsförderung, die Zentralstelle für Landwirtschaft, das Dokumentationszentrum sowie die Zentralstelle für auslandskundliche Weiterbildung haben ihren Sitz außerhalb Berlins. Es handelt sich bei der Stiftung um eine in der ganzen Bundesrepublik beheimatete Einrichtung, was schon durch die Tatsache zum Ausdruck kommt, daß zahlreiche Bundesländer im Kuratorium der Stiftung Sitz und Stimme haben.

Die neuerlichen Schwierigkeiten, die sich nun in der Zu-

sammenarbeit zwischen der Stiftung und einigen Unterorganisationen der UNO eingestellt haben, zeigen freilich ernsteren Charakter als die Geschehnisse in den Jahren 1968 bis 1970. Zum ersten Mal ist das bisher lediglich teilweise Mitwirkungsverbot für Beauftragte und Experten der UNO-Unterorganisation bei Veranstaltungen der Stiftung in eine totale Regelung umgewandelt worden und erstreckt sich nunmehr auch auf die Abhaltung von Fachvorträgen durch Experten der UNO-Unterorganisation. Darüber hinaus findet sich in der ausweichenden und von dem Versuch, die Dinge zu enddramatisieren, gekennzeichneten Stellungnahme des UNO-Generalsekretariats, die völlig neuartige Wendung, daß es die Politik der UNO sei, sich im gegenwärtigen Stadium der Auseinandersetzung um Berlin der Neutralität in beiden Teilen der Stadt zu befleißigen und nicht an irgendwelchen Veranstaltungen mitzuwirken. Dieser, eine völlig neue Haltung der UNO gegenüber der Deutschen Stiftung kennzeichnende Passus, ist, wie man aus dem UNO-Generalsekretariat in New York weiß, Ergebnis eines wachsenden Drucks einer "einflußreichen, der UNO angehörenden Großmacht", und insofern kommt der gegenwärtigen Aktion eine weit größere Bedeutung zu, als den in den Jahren 1968 bis 1970 aufgetretenen Schwierigkeiten.

Freilich weiß bei der UNO offenbar auch nicht so recht die rechte Hand was die linke tut. Denn ein solches Nachgeben gegenüber dem Druck einer "einflußreichen, den Vereinten Nationen angehörenden Großmacht" erfolgt in dem Augenblick, in dem die Bundesregierung nicht nur dem UNO-Beauftragten Paul Hoffmann bei seinem kürzlichen Besuch in Bonn eine wesentliche finanzielle Unterstützung bei der Kapitalbeschaffung für die großen internationalen Entwicklungsinstitutionen versprochen hat, sondern auch beschlossen hat, sich mit gegenüber früher nahezu verdoppelten Beträgen an der Durchführung technischer Hilfeleistungen durch multilaterale Organisationen zu beteiligen. Von anderen freiwilligen Leistungen der Bundesrepublik an die UNO ganz zu schweigen. Die Bundesregierung sollte daher nicht zögern, deutlich zu machen, daß die Antwort der Vereinten Nationen auf diese begrüßenswerten Entscheidungen Bonns, technische Hilfeleistungen in wachsendem Maße multilateralen Organisationen zu übertragen, nicht in einer Diskriminierung Berlins durch die UNO und ihre Unterorganisationen und in einer Schädigung der Interessen der Bundesrepublik in Westberlin bestehen kann.

(-/ex/30.4.1971/ks)

Aufforderung aus Washington: verhandeln!

Fakten von einer Informationsreise in die USA

Von Kurt Mattick MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außenpolitik
der SPD-Bundestagsfraktion

Der stolze Spruch: "Amerika, Du hast es besser", gilt nicht mehr. Die Nöte und Sorgen, die heute auf den Verantwortlichen dieser Weltmacht lasten, gehen weit über das Normale hinaus. Versäumnisse der Vergangenheit, falsche Entscheidungen in der Innen- und Außenpolitik und wirtschaftliche Schwierigkeiten, die in der Entwicklung und im System liegen, erschüttern im Augenblick einen Staat, von dessen Leistungsfähigkeit und auch machtpolitischen Gewicht in der Welt mehr als je abhängt.

Es ist erstaunlich - und das ist vielleicht ein wesentlich Positives -, wie wenig die Administration im allgemeinen - ich meine nicht nur die führende republikanische Partei - in dieser Phase die Gelassenheit aufgibt, die notwendig ist, um den Problemen ins Auge zu sehen und noch zu den richtigen Konsequenzen zu kommen. Bei allen Schwierigkeiten und unerhörten Problemen komme ich daher doch zu dem Ergebnis, daß die Vereinigten Staaten aus ihrer Gesamtsubstanz in der Lage sind, auf einen längeren Weg mit ihren Problemen fertig zu werden, die so offen auf dem Tisch liegen gegenüber den Problemen der anderen Weltmacht, die durch die Methode der Führung verdeckt werden. Diktaturen haben es in der Beziehung leichter.

Diese Bemerkungen waren notwendig, obwohl die Reise in die Vereinigten Staaten im wesentlichen einer anderen Aufgabe galt. Seit dem Arbeitsbeginn der neuen Regierung der Bundesrepublik reist ein großer Teil maßgeblicher CDU-Abgeordneter durch die Vereinigten Staaten mit dem Bemühen, die Bundesregierung in einer vom nationalen Standpunkt nicht mehr zulässigen Weise durch unwahre Behauptungen zu diffamieren und so das Vertrauen der amerikanischen Führung und Öffentlichkeit in die Politik der Bundesregierung zu erschüttern. In der Heimat wird dann kühn berichtet, welche Sorgen die amerikanische Führung wegen der deutschen Außenpolitik habe.

Wir haben uns bemüht, in Amerika dieses von der CDU/CSU behauptete Mißtrauen gegenüber der deutschen Politik zu finden, und das ist uns nicht gelungen, wenn man von einigen ehemaligen deutschen Nazis absieht, die man hin und wieder trifft. In der amerikanischen Administration, im Kongreß und im Senat sowie bei führenden Persönlichkeiten fanden wir dieses Mißtrauen nicht.

Was wir vorfanden, waren die tiefen Sorgen über die weitere Entwicklung der Friedenspolitik, die in den Vereinigten Staa-

ten heute ständig von der Innenpolitik mit beeinflußt wird.
Zwei Beispiele, die ich nennen möchte:

Ein Gespräch mit General Clay, der früher von der CDU als Zeuge benannt wurde, ergab folgendes Bild: Er sieht in der jungen Generation der Vereinigten Staaten eine Entwicklung, welche die Gefahr einer Europamüdigkeit in sich trägt und den Drang, Amerika möge sich mehr auf sich selbst zurückziehen und die internationalen Verantwortlichkeiten aufgeben. Clay glaubt, daß in der Öffentlichkeit nicht genügend dafür getan wird, um diesem, wie er mit Recht glaubt, gefährlichen Trend entgegenzuwirken.

In einem Gespräch mit dem früheren Stadtkommandanten von Berlin, General Howley, hörten wir sehr kritische Bemerkungen über die deutsche Außenpolitik in der Vergangenheit. Er unterstützte ausdrücklich das Bemühen der deutschen Bundesregierung, nach 25 Jahren die Sowjetunion zu einer friedlichen Politik herauszufordern.

Auch in der öffentlichen Meinung, auf den Colleges und Universitäten sowie auch in den Gewerkschaften fanden wir im allgemeinen Zustimmung zur Politik der Bundesregierung und oftmals das erleichterte Aufatmen, daß es endlich eine offensive Politik mit der Möglichkeit gibt, Bewegung in das Ost-West-Verhältnis zu bringen und nicht nur auf sowjetische Handlungen und Herausforderungen zu reagieren. In ausführlichen Gesprächen im State Department in Washington, den zuständigen Stellen für die Europa- und Deutschlandpolitik sowie mit Senatoren und Kongreßmitgliedern beider Parteien gab es eine weitgehend übereinstimmende Haltung, die sich in einem Aufforderungssatz ausdrücken läßt: Mit viel Geduld und der nötigen Skepsis zäh verhandeln, verhandeln, verhandeln.

Sorge wurde ausgedrückt über die europäische Entwicklung. Die Amerikaner erhoffen im gemeinsamen Interesse den Ausbau und die Erweiterung der EWG und eine Verständigung des europäischen Marktes mit Amerika zum beiderseitigen Nutzen.

Erst wenn der Vietnamkrieg für Amerika endgültig beendet sein wird - man rechnet heute fest damit, daß innerhalb von anderthalb Jahren die Truppen aus Vietnam praktisch abgezogen sein dürften -, wird Amerika wieder neuen Tritt fassen können, und dann werden auch die europäischen Probleme mehr in den Vordergrund rücken.

(-/ex/30.4.1971/bgy)

Merkwürdige Geschäfte mit der Bildung

Fernseherschüler werden zur teuren Kasse gebeten

Von Dr. Volker Hauff SPD-MdB

Mitglied im Bundestagsausschuß Bildung und Wissenschaft

Das Erste Deutsche Fernsehen strahlt seit kurzem eine Fortbildungsserie über Datenverarbeitung aus. Voraussetzung für die Teilnahme ist der Erwerb entsprechender Begleitbücher, die von einem privaten Verlag mit hohen Gewinnen verkauft wurden. Ein Bombengeschäft mit bildungswilligen Bürgern. Dieses war der erste Streich.

Und der zweite folgte sogleich: Das zweite Fernsehprogramm begann am 28. März eine ähnliche Sendereihe über Datenverarbeitung. Auch in diesem Fall wird das dazugehörige Lehrbuch durch einen privaten Verlag vertrieben. Für 228 Seiten mit 76 Abbildungen hat der Fernschüler 14,80 DM zu bezahlen, und dies bei einer hohen Auflage. Jeder Branchenkundige weiß, welche Profite da drin stecken.

Dieser Zustand ist unerträglich. Die Fernschüler sind diesem Geschäft wehrlos ausgeliefert; und das Fernsehen als öffentlich-rechtliche Einrichtung übernimmt dabei noch die Schrittmacherdienste.

Es ist höchste Zeit, daß hier die Weichen anders gestellt werden. Der Fernschüler muß das Lehrmaterial zu Selbstkosten beziehen können. Dies sollten endlich die Verantwortlichen der Fernsehanstalten zu Kenntnis nehmen. Mit Lippenbekenntnissen ist freilich nicht gedient. Es muß jetzt endlich gehandelt werden, denn in Zukunft werden sicherlich in zunehmenden Maße Fortbildungssendungen durch das Fernsehen ausgestrahlt werden. Und das ist gut so.

Schlecht ist jedoch jener privatwirtschaftliche Profit im Medienverbund, der Bildungswillige ungerechtfertigt zur Kasse bittet. Nicht nur die Vertreter der politischen Parteien in den Aufsichtsgremien unserer Rundfunk- und Fernsehanstalten werden öffentlich Rede und Antwort stehen müssen, wie sie diesen bildungspolitischen Schandfleck zu beseitigen gedenken. Noch ist Zeit zu handeln. (-/ex/30.4.1971/its)